



Wien, 6. November 2018

Antrag an das Österreichische Wirtschaftsparlament, Sitzung am 29. November 2018

Ausbildungssicherheit für Lehrlinge und ausbildende Unternehmen

Die Bundesregierung hat unter Federführung des Innenministeriums den sogenannten „Hundstorfer-Erlass“ aus dem Jahr 2012, wonach AsylwerberInnen bis zu einem Alter von 25 Jahren in Mangelberufen eine Lehrausbildung absolvieren dürfen, aufgehoben. AsylwerberInnen, die eine Lehre absolvieren, werden abgeschoben.

Diese Entscheidung ist nicht nur **unmenschlich**, sie ist auch **wirtschaftlich eine Katastrophe**. UnternehmerInnen haben Zeit und Kosten investiert und stehen von heute auf morgen ohne die in ihrem Sinn bestausgebildeten MitarbeiterInnen da.

Nicht zuletzt deshalb haben sich 1.000 UnternehmerInnen, 100 Gemeinden und mehr als 63.000 Privatpersonen in der überparteilichen Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“ zusammengeschlossen. Auch einige Wirtschaftskammer-Präsidenten haben sich für eine Beibehaltung der ursprünglichen Regelung ausgesprochen.

Die Kernforderungen der Initiative: keine Abschiebungen während der Ausbildung und ungehinderter Zugang zur Lehre für AsylwerberInnen.

So findet sinnvolle Integration statt, der Mangel an Auszubildenden wird verringert und in Folge der Wirtschaftsstandort gesichert. Eine Win-Win-Situation für unsere Gesellschaft.

Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Die Wirtschaftskammer Österreich möge sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass deren Entscheidung zur Vereinbarkeit von Lehre und Asyl überarbeitet wird. So sollen hinkünftig keine AsylwerberInnen von ihren Lehr- und Ausbildungsplätzen abgeschoben werden. Damit können österreichische Unternehmen ihren Fachkräftemangel reduzieren und zukunftstaugliche Arbeitsverträge abschließen.

Für die Grüne Wirtschaft

Sabine Jungwirth

Hans Arsenovic

Johannes Püller